

Niederschrift

über die 32. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung, Straßen, Umwelt, Landwirtschaft und Landschaft

Sitzungstag: 21.08.2019
Sitzungsort: Graf-Anton-Günther-Saal im Rathaus
Sitzungsdauer: 16:31 Uhr bis 19:07 Uhr

Teilnehmerverzeichnis:

Vorsitzender

Bollmeyer, Matthias, Dr.

Ausschussmitglieder

Albers, Udo

Harjes, Olaf

Montigny, Bettina

Reck, Renate

Theemann, Hendrik

Wolken, Wilfried

Vertretung für Herrn Dr. Harry Funk

Verwaltung

Albers, Jan Edo, Bürgermeister

Aust, Annika-Malina

Berens, Philipp

Hagestedt, Uwe

Schaus, Hans-Wilhelm

Protokollführer

Gäste

von Dzwonkowski, Ralf

Weydringer, Herbert

EWE Netz GmbH zu TOP 12.1
HWPlan Stadtplanung zu TOP 6

Entschuldigt waren:

Stellvertretender Vorsitzender

Funk, Harry, Dr.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 16:31 Uhr.

TOP 2. Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der oben genannten Ausschussmitglieder fest.

TOP 3. Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

TOP 4. Feststellen der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 10.1 erweitert worden ist. Da zu diesem Zeitpunkt Herr Weydringer als Vortragender für den Tagesordnungspunkt 6 noch nicht anwesend war, schlägt er vor, diesen Tagesordnungspunkt nach dem Tagesordnungspunkt 10.1 zu behandeln. Diese Verfahrensweise findet die Zustimmung der Ausschussmitglieder.

TOP 5. Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung, um anwesenden Einwohnern Gelegenheit zur Fragestellung zu geben. Davon wird kein Gebrauch gemacht, so dass die Sitzung wieder eröffnet wird.

Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses:

**TOP 6. Bebauungsplan Nr. 60 "Gleisdreieck" - 3. Änderung eines Teilbereiches im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB; hier: Aufstellungsbeschluss und Vorstellung des Entwurfs
Vorlage: BV/0868/2016-2021**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde aufgrund des verkehrsbedingten späteren Eintreffens von Herrn Weydringer nach dem Tagesordnungspunkt 10.1 behandelt.

Herr Weydringer führt anhand der dieser Niederschrift beigefügten Präsentation zu der geplanten Bauleitplanung und deren Inhalt aus.

Herr Udo Albers stellt fest, dass man aus dem Luftbild erkennen könne, dass es sich bei dem Grundstück von der Lage her um eine Premiumgrundstück handle. Er erkundigt sich, wie dieses bewertet werde. **Bürgermeister Albers** erwidert, dass die Bewertung durch die Kämmererei erfolge. **Herr Wolken** regt an, das Grundstück im Wege einer Ausschreibung mit Mindestgebot zu verkaufen.

Herr Theemann führt aus, dass sich das Baugrundstück in direkter Nähe zum Mühlentief befinde und erkundigt sich nach dem Baugrund. **Herr Schaus** erwidert, dass es sich um

Kleiboden, aber nicht um sulfatsauren Boden handele. Evtl. sei eine Pfahlgründung erforderlich.

Frau Reck fragt, warum hier keine Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplan möglich sei. **Bürgermeister Albers** erwidert, dass, wie aus dem Luftbild ersichtlich, das Grundstück nicht in direktem Bebauungszusammenhang liege, sondern sich von der vorhandenen Bebauung absetze. Aus diesem Grunde habe der Landkreis Friesland einem Befreiungsantrag nicht stattgegeben.

Sodann lässt **der Vorsitzende** über die Beschlussempfehlung abstimmen.

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Verwaltungsausschuss der Stadt Jever beschließt die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 60 „Gleisdreieck“ mit örtlichen Bauvorschriften im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB. Ziel und Zweck der Planung ist die Ausweisung eines allgemeinen Wohngebietes. Die zeichnerische Darstellung ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 2. Dem vorgestellten Entwurf wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, mit diesem Verfahren das Beteiligungsverfahren der Öffentlichkeit und der Behörden durchzuführen.**

Abstimmung: einstimmig beschlossen

TOP 7. Spielleitplanung der Stadt Jever; hier: Vorstellung des Gestaltungsentwurfs für den Kinderspielplatz "Johann-Lünemann-Straße" Vorlage: BV/0878/2016-2021

Der Vorsitzende erteilt **Herrn Berens** das Wort. **Dieser** stellt anhand der dieser Niederschrift beigefügten Präsentation die Gedanken und Entwürfe für die Umgestaltung und Erweiterung des Bolzplatzes Johann-Lünemann-Straße ausführlich vor.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Vorstellung und die gelungenen Zeichnungen von **Herrn Berens**. **Herr Harjes** schließt sich dem an. **Er** sei aber irritiert über dieses Vorgehen. Seit 2 Jahre gehe nun der Prozess der Spielleitplanung, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger einbringen konnten. Bei der Umsetzung solle jedoch die Politik über die Gestaltung entscheiden und eine Variante auswählen. Folgerichtiger sei es doch, dass im Rahmen einer weiteren Bürgerbeteiligung die betroffenen Bürgerinnen und Bürger über die Gestaltung ihres Spielplatzes entscheiden zu lassen. **Er** wünsche sich einen Workshop, in dem auf der Basis der Präsentation darüber mit Bürgern gesprochen werde. Dazu wird der beigefügte Antrag auf Änderung des Beschlussvorschlages verteilt.

Herr Wolken zeigt sich verwundert über die Ausführungen von Herrn Harjes zur Bürgerbeteiligung. Dafür hätte sich dessen Fraktion schön früher einsetzen können. **Er** vermisse eine Aussage über die Kosten. Sodann verliest **er** das Statement seiner Fraktion, das dieser Niederschrift beigefügt ist.

Herr Harjes erwidert, dass **er** verwundert sei, dass die SPD-Fraktion die Bürgerbeteiligung predige, aber diese hier nicht durchführen wolle. Vor 2 Jahren sei zum Spielleitplanungspro-

zess eingeladen worden. Jede Bürgerin und jeder Bürger sei eingeladen gewesen, sich einzubringen. Es habe mehrere Workshops im Rahmen der Bürgerbeteiligung gegeben, bevor das Ergebnis in den Gremien präsentiert und beschlossen worden sei. Bürgerbeteiligung bedeute nicht, nur dagegen zu sein. Diese sei ein laufender Prozess. Nur auf den Mehrgenerationenspielfeld zu verweisen, sei nicht richtig. Der Mehrgenerationenspielfeld sei durch Workshops, an denen sich viele Bürgerinnen und Bürger beteiligt haben, entstanden und sei somit nicht unnötig. **Herr Harjes** kritisiert, dass die SPD-Fraktion einerseits die Lückenbebauung an der dortigen Stelle verhindern wolle, andererseits aber ein Baulückenkataster fordere, um eine unnötige Versiegelung zu vermeiden.

Aus der Mitte der anwesenden Einwohner wird die Frage aufgeworfen, ob Fragen zum Thema gestellt werden dürfen. **Der Vorsitzende** sagt nach vorheriger Zustimmung aller Ausschussmitglieder zu, dass die Sitzung vor der Abstimmung für Fragen unterbrochen wird.

Bürgermeister Albers weist auf die Beschlussvorlage hin. Die Spielleitplanung sehe vor, den Spielplatz Johann-Lünemann-Straße zu einem Mittelpunktspielplatz zu machen und dies solle auch geschehen. **Er** führt an, dass im Rahmen der Bürgerbeteiligung abgefragt worden sei, was an dem Spielplatz geändert werden könne. Dabei seien nur wenige Rückmeldungen erfolgt. Die Verwaltung habe daher Vorschläge erarbeitet und wolle nun abfragen, in welche Richtung sie nun weiter arbeiten solle. Wenn die Politik dieses anders sehe und die Bürger bei der Gestaltung enger einbinden wolle, könne diese dies gerne tun. Es müsse nur eine entsprechende Beschlussfassung erfolgen.

Bürgermeister Albers erläutert, dass es einen Beschluss gebe, den Mehrgenerationenspielfeld zu realisieren. Im Haushalt habe der Rat beschlossen, dass die Verkaufserlöse aus den aufzulösenden Spielplätzen zum Teil für einen Mehrgenerationenspielfeld und zum Teil für die Aufwertung der verbleibenden Spielplätze zu verwenden seien.

Bürgermeister Albers widerspricht der Kritik von Herrn Wolken in Bezug auf den Spielplatz Johann-Lünemann-Straße. Herr Berens habe die Kritikpunkte der SPD-Fraktion beachtet und beispielsweise mit dem geplanten Zaun die Gefahrenstellen Graben und Hund entschärft. **Er** führt erneut an, dass es in freier Entscheidung des Rates stehe, wie es weiter gehen soll. Aus seiner Sicht würde **er** sich darüber freuen, wenn ein Teil der Spielleitplanung endlich einmal umgesetzt werde.

Herr Theemann erklärt, dass der Rat einen langen Prozess hinsichtlich der Spielleitung hinter sich gebracht habe, in dem viele Kompromisse geschlossen worden seien. Jede Fraktion habe damals mitgezogen und nun ziehe die SPD nicht mehr mit. Es sei damals beschlossen worden, dass Spielplätze verkauft werden und **er** halte das Verhalten der SPD nun für unverständlich. **Herr Theemann** lobt die Präsentation und findet die Vorschläge besonders in Hinblick auf die Einbeziehung der historischen Aspekte sehr positiv. Auch die Qualität der vorgesehenen Spielgeräte habe er so nicht erwartet. Jedoch sehe **er** in dem Spielplatz Johann-Lünemann-Straße eine Konkurrenz für den Spielplatz Karl-Fissen-Straße. **Er** fragt, ob dieser dann für Kleinkinder umgebaut werden solle.

Bürgermeister Albers betont, dass es sich bei der Präsentation lediglich um einen Vorschlag handle. Da es sich bisher nur um einen Bolzplatz handle, habe man bei der Gestaltung des zusätzlichen Spielbereiches „von Null“ anfangen müssen. Da er aber ein Mittelpunktspielplatz sein solle, sei eine bessere Ausstattung vorgesehen, die verschiedene Generationen ansprechen solle. **Er** erklärt, dass der Spielplatz keine Konkurrenz für den Spielplatz Karl-Fissen-Straße darstellen solle.

Herr Harjes stellt fest, dass der Bürgermeister zwar für Neugestaltung „brenne“, man sich aber trotzdem die Zeit nehmen solle, um die vorgelegten Konzepte zusammen mit den Bürgern zu verfeinern.

Herr Udo Albers findet die Planung ebenfalls toll und interessant. Jedoch wirke der Vorschlag wie ein Beruhigungshäppchen, dass im Endeffekt viel Geld koste. **Er** vertritt die Auffassung, den Bolzplatz so zu belassen, wie er sei, damit dann die Ruhe wieder einkehre.

Herr Wolken entgegnet auf die Anwürfe der anderen Fraktionen, dass seine Fraktion alle Kinderspielplätze besucht und die Wünsche der Anlieger aufgenommen habe. Man habe den Grundsatzbeschluss des Spielleitplanungskonzeptes mit getragen, aber darauf hingewiesen, dass über jeden Verkauf einzeln abzustimmen sei. Zudem habe das Baulückenkataster mit dem aktuellen Thema nichts zu tun.

Herr Udo Albers plädiert dafür, einen Schritt zurückzugehen und betont erneut, dass der Bolzplatz so bleiben solle wie er aktuell sei. Dazu betont **er**, dass viele Bürger die Bürgerbeteiligung nicht wahrgenommen haben. Das engstirnige Festhalten an dem Konzept halte er für falsch. **Herr Wolken** stimmt dem zu. Vielen Bürgerinnen und Bürgern sei nicht bewusst gewesen, dass sie etwas tun hätten müssen.

Bürgermeister Albers führt an, dass dies so ähnlich ist wie bei dem ehemaligen Johann-Ahlers-Haus geschehen sei. Es gäbe immer Menschen die die Chance von Bürgerbeteiligungen nicht mitbekommen. Man könne jedoch deshalb nicht immer Rücksicht darauf nehmen. Dies müsse jedes Ratsmitglied bei seiner Entscheidung für sich abwägen angesichts der übergeordneten Planungen.

Herr Udo Albers ist der Auffassung, dass man diese Situation nicht mit dem Johann-Ahlers-Haus vergleichen könne, da in diesem Fall gar nicht der Bedarf bestehe, etwas zu ändern. Beim Ahlers-Haus habe Handlungsbedarf bestanden. **Er** betont erneut, dass der Bolzplatz nicht verändert werden solle.

Bürgermeister Albers erklärt auf Anfragen von **Herrn Wolken** und **Herrn Udo Albers**, dass der Verwaltungsausschuss über den Verkauf der Grundstücke einen Beschluss gefasst habe und er dort die Zahlen, welche Erlöse die Verwaltung aus dem Verkauf der Kinderspielplätze Georg-von-der-Vring-Straße und Am Mühlentief zu erwarten seien, mitgeteilt habe. Wenn der Rat eine andere Verfahrensweise anstrebe, müsse er dieses beschließen. Bis dahin werde die Verwaltung den Beschluss des Verwaltungsausschusses umsetzen.

Die Sitzung wird für eine Einwohnerfragestunde unterbrochen.

Herr Udo Albers stellt den Antrag, dass der Spielplatz der Georg-von-der-Vring-Straße nicht verkauft werden soll. **Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass, wenn ein Beschluss gefasst wurde, der nach dem Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz frühestens erst nach sechs Monaten aufgehoben werden kann.

Herr Theemann beantragt, der Beschlussempfehlung zu folgen und mit der Variante 2 - Idee eines Forts – zu vervollständigen.

Herr Wolken beantragt hingegen, das Thema zurück in die Fraktion zu verwiesen.

Der Vorsitzende lässt in folgender Reihenfolge über die einzelnen Anträge bzw. Beschlussvorschläge abstimmen:

Beschlussvorschlag/Antrag Nr. 1 (Antrag Bündnis 90/die Grünen)

Die vorgestellten Varianten werden zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis beider Vorschläge mit den Bürgern zusammen eine Spielplatzplanung zu erarbeiten. Aus dem daraus resultierenden Plan, Kostenvoranschläge für die

Bestückung des Kinderspielplatzes einzuholen und die abschließende konkrete Planung zur endgültigen Beschlussfassung vorzustellen.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt: Ja 1 Nein 5 Enthaltung 1

Beschlussvorschlag/Antrag Nr. 2 (Antrag SPD-Fraktion)

Das Thema sollen in die Fraktionen verwiesen werden.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt: Ja 3 Nein 4 Enthaltung 0

Beschlussvorschlag:

Die vorgestellten Varianten werden zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, Kostenvoranschläge für die Bestückung des Kinderspielplatzes gemäß Variante 2 einzuholen und die abschließende konkrete Planung zur endgültigen Beschlussfassung vorzustellen.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 4 Nein 3

**TOP 8. Städtebaulicher Entwurf für die Gestaltung des historischen Zentrums;
Antrag der CDU-Fraktion vom 29. Juni 2019
Vorlage: AN/0854/2016-2021**

Herr Udo Albers erklärt für die SWG-Fraktion, dass seine Fraktion diesem Antrag nicht folgen werde, da dieser immense Planungskosten nach sich ziehen werde. Der Antrag sei gut gemeint, käme aber 20 Jahre zu spät, da wesentliche Teile der Altstadt mittlerweile saniert worden seien. **Herr Wolken** spricht sich für die SPD-Fraktion ebenfalls dagegen aus.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung, Straßen, Umwelt, Landwirtschaft und Landschaft soll sich in einer seiner nächsten Sitzungen inhaltlich mit dem Antrag der CDU-Fraktion vom 29.06.2019 befassen, für die zukünftige Gestaltung des historischen Zentrums der Stadt Jever einen städtebaulichen Entwurf zu erstellen, an dem sich einzelne detaillierte Maßnahmen der nächsten Jahre und Jahrzehnte orientieren.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 4 Nein 3

**TOP 9. Freilegung und Erhaltung des Bunkers an der Blumenstraße;
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 2. Juli 2019
Vorlage: AN/0856/2016-2021**

Vor Behandlung dieses Tagesordnungspunktes unterbrach **der Vorsitzende** die Sitzung von 17:52 – 17:53 Uhr, um den Einwohnern Gelegenheit zum Verlassen des Saales zu geben.

Herr Harjes weist darauf hin, dass der Bunker in der Blumenstraße das letzte Bauwerk sei, das auf die Festung Jever im 2. Weltkrieg hinweise. Die Verwaltung solle im Rahmen dieses Antrages lediglich prüfen, ob eine Freilegung der Eingänge möglich sei, wobei seine Fraktion davon ausgehe, dass auch ein Hinweisschild ausreiche, das nicht teurer als 1.600,00 Euro sein werde. Diese Kosten könnten im Rahmen der Erweiterung des Sanierungsgebietes IV evtl. gefördert werden.

Herr Wolken erklärt für die SPD-Fraktion, dass diese den Antrag nicht mittragen werden, da es genügend andere Baustellen im Stadtgebiet gebe, die vorrangig seien. Man könne über ein Schild reden, aber nicht über eine Freilegung.

Herr Schaus erläutert anhand einer dieser Niederschrift beigefügten Skizze den Aufbau und die Größe des Bunkers. **Bürgermeister Albers** erinnert daran, dass man im Antrag für die Erweiterung des Sanierungsgebietes IV explizit aufgeführt habe, den Bunker abzureißen und den Platz nach historischem Vorbild zu gestalten. Dieser Antrag beinhalte das genaue Gegenteil. **Herr Harjes** weist darauf hin, dass es sich bei dem Bunker um ein historisches Bau-
denkmal handele.

Herr Udo Albers begrüßt den Antrag, da es sich um ein historisches Bauwerk handelt. Der geplante Abriss im Rahmen der Erweiterung des Sanierungsgebietes IV sei ihm neu. Eine Realisierung dieses Antrages solle aber nur dann erfolgen, wenn die Blumenstraße saniert werde.

Herr Dr. Bollmeyer erklärt, dass die Klarstellung der Größe des Bunkers einige der in der Stadt kursierenden Ideen über eine mögliche Nutzung relativiere. Der Antrag sei zusammen mit der Anbringung einer Tafel einer inhaltlichen Beratung wert.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung, Straßen, Umwelt, Landwirtschaft und Landschaft soll sich in einer seiner nächsten Sitzungen inhaltlich mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.07.2019 befassen, zu prüfen, ob im Rahmen der Umgestaltung der Wallanlagen eine Erhaltung des Bunkers in der Blumenstraße als „steinerne Zeuge des 2. Weltkrieges in Jever“ möglich ist.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 5 Nein 2

TOP 10. Sanierung des Radweges zwischen Normannenstraße und Ziegelhofstraße; Antrag der SWG-Fraktion vom 19. Juni 2019 Vorlage: AN/0855/2016-2021

Herr Udo Albers führt aus, dass seine Fraktion bei diesem Antrag im Hinterkopf habe, dass wegen des zunehmenden Radfahrverkehrs ein Ausbau auf 2 m Breite erfolgen solle.

Herr Schaus erläutert, dass die Verwaltung diesen Radweg bereits im Blick habe. Dieser könnte im Rahmen der laufenden Unterhaltung im nächsten Jahr saniert werden. **Herr Udo Albers** erwidert, dass man aber trotzdem an der Behandlung dieses Antrages festhalte.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung, Straßen, Umwelt, Landwirtschaft und Landschaft soll sich in einer seiner nächsten Sitzungen inhaltlich mit dem Antrag der SWG-Fraktion vom 19.06.2019 befassen, den Radweg entlang der Wittmunder Straße zwischen Normannenstraße und Ziegelhofstraße kurzfristig zu sanieren.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

TOP 10.1. Durchgehende Straßenbeleuchtung während der Herbst- und Wintermonate;

hier: Antrag der SWG-Fraktion vom 15.07.2019
Vorlage: AN/0867/2016-2021

Herr Udo Albers erklärt, dass dieser Antrag auch im Zusammenhang auch darüber gesprochen werden sollte, die gesamte Straßenbeleuchtung mit Bewegungsmeldern auszurüsten bzw. die Schaltzeiten zu prüfen.

Herr Harjes erkundigt sich, warum der Antrag sich nur auf den Zeitraum von November bis März beziehe und nicht auf das gesamte Jahr. **Herr Albers** erwidert, dass seiner Fraktion die damit verbundenen Kosten durchaus bewusst seien und man daher auf einen Teilerfolg hoffe.

Bürgermeister Albers führt aus, dass es diese Anträge auf durchgehende Beleuchtung immer mal wieder gestellt werden. Auch der Vorgängerrat habe sich damit befasst und den damaligen Antrag aber abgelehnt. **Er** habe die zusätzlichen Kosten ermitteln lassen. Diese würden sich auf ca. 51.000,00 Euro pro Jahr für die durchgängige Beleuchtung belaufen.

Herr Theemann erklärt, dass der Antrag vom jetzigen Inhalt her lediglich einen geringen Mehrwert habe. Der Zusatz von Herrn Udo Albers bezüglich einer Schaltbarkeit der Straßenbeleuchtung über eine „App“ mache den Antrag aber behandelenswert.

Herr Dr. Bollmeyer erklärt für die CDU-Fraktion, dass sie keine Notwendigkeit für die Behandlung dieses Antrages sehe. Es gebe in Jever keine vermehrten Einbrüche und Unfälle in der Dunkelheit. Außerdem fahre der erste Zug ab Jever erst nach Beginn der morgendlichen Straßenbeleuchtung und die tatsächliche Ausschaltzeit am Abend sei vielmehr 1 Uhr statt 0 Uhr wie im Antrag genannt. Diese Begründungen seien falsch und schürten lediglich Ängste.

Herr Harjes schlägt einen Kompromiss vor. Man solle sich inhaltlich damit beschäftigen, welche Möglichkeiten und Techniken es gebe, die Straßenbeleuchtung zu verbessern und klären, wovon man rede.

Herr Wolken führt aus, dass sich die Frage stelle, die Straßenbeleuchtung vollständig auf LED umzustellen. Ihm sei erinnerlich, dass der letzte Rat die Leuchtzeiten um 1 Stunde verlängert habe. **Bürgermeister Albers** erwidert, dass sich eine vollständige Umrüstung auf LED sich nicht lohne. **Herr Schaus** ergänzt, dass es technische Möglichkeiten für eine Steuerung der Straßenbeleuchtung gebe. Diese sei beispielsweise in der Stadt Norden umgesetzt worden. Man könne sicherlich darüber Energie sparen, bei den wenigen Brennstunden, die die Stadt Jever habe, lohne sich dieses aber nicht. Die notwendigen Investitionen darüber würden sich aber in den nächsten 400 Jahren nicht amortisieren. Die Einsparung, die am meisten bringe, sei die, die Straßenbeleuchtung nicht durchgängig brennen zu lassen.

Herr Wolken erklärt, dass allein die Mehrkosten von 51.000,00 Euro gegen den Antrag sprechen und weist darauf hin, dass in seinem Wohngebiet jedes Haus einen Bewegungsmelder besitze, der auslöse, wenn jemand vorbei laufe.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussempfehlung abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung, Straßen, Umwelt, Landwirtschaft und Landschaft soll sich in einer seiner nächsten Sitzungen inhaltlich mit dem Antrag der SWG-Fraktion vom 15.07.2019 befassen, die Straßenbeleuchtung in den Monaten November bis März durchgehend eingeschaltet zu lassen.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt: Ja 3 Nein 4

Eigene Zuständigkeit:

TOP 11. Genehmigung des Protokolls Nr. 31 vom 19.06.2019 - öffentlicher Teil -

Herr Harjes entschuldigt sich für sein unentschuldigtes Fehlen in der letzten Sitzung. **Er** habe bei einem Kunden sein Handy vergessen und dann längere Zeit in einem Stau gesessen.

Das Protokoll wird mit 5 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt.

TOP 12. Mitteilungen der Verwaltung

TOP 12.1. Eigenwirtschaftlicher Glasfaserausbau in Jever der Fa. EWE-Netz GmbH

Bürgermeister Albers berichtet, dass **er** am Montag ein Gespräch mit Herrn von Dzwonkowski von der EWE Netz GmbH über deren eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau in Jever geführt habe. Dieses Thema sei seiner Ansicht nach so wichtig, dass **er** Herrn von Dzwonkowski gebeten habe, dieses Thema im Bau- und Planungsausschuss vorzustellen.

Herr von Dzwonkowski erläutert anhand der dieser Niederschrift beigefügten Präsentation den eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau in Jever und beantwortet im Anschluss an die Präsentation die Fragen der Ausschussmitglieder.

TOP 12.2. Erfolgsfaktor Wasserstofftechnologie

Bürgermeister Albers berichtet, dass die Stadt wegen des Zukunftsthemas Wasserstofftechnologie ein Schreiben vom Landkreis Friesland erhalten habe. Darin sei angefragt worden, ob sich die Stadt Jever Gedanken zum Einsatz von Wasserstoff als alternativen Kraftstoff für Betriebsfahrzeuge gemacht habe, da der Landkreis sich um den Aufbau einer Wasserstofftankstelle, die privat betrieben werden solle, bemühe. Die Stadt sehe derzeit aber noch keine Nutzungsmöglichkeit, werde diese aber künftigen Beschaffungen von Fahrzeugen prüfen. **Er** werde daher einen „Letter of Intent“ unterschreiben.

TOP 13. Anfragen und Anregungen

TOP 13.1. Anfrage von Herrn Dr. Bollmeyer

Herr Dr. Bollmeyer erkundigt sich, warum am Spielplatz „Schlachte“ im hinteren Teil die Kaimauer abgesperrt sei.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Kaimauer ist durch Holzbalken eingefasst, die mittlerweile an einigen Stellen die Mauer nicht mehr halten. Aus Verkehrssicherungsgründen wurde dieser Teil abgesperrt. Eine Reparatur soll noch erfolgen.

TOP 13.2. Anfragen und Anregungen für Herrn Udo Albers

Herr Udo Albers weist darauf hin, dass bei den Altglascontainern gegenüber der Kindertagesstätte an der Schützenhofstraße illegal Müll entsorgt worden sei. **Er** erkundigt sich, wer sich darum kümmere.

Anmerkung der Verwaltung:

Herr Masemann vom Ordnungsamt teilte zu dieser Anfrage mit, dass er bei Bekanntwerden der illegalen Müllentsorgung tätig werde und den Baubetriebshof beauftrage, den Müll zu entfernen und zur Mülldeponie zu bringen. Dieses sei zuletzt in der vergangenen Woche erfolgt.

Herr Albers führt aus, dass es vor 14 Tagen ein „gewaltiges“ Geruchsproblem im jeverschen Gewerbegebiet gegeben habe. Auf seine Veranlassung hin sei eine Mitarbeiterin des Ordnungsamtes vor Ort gewesen. **Er** erkundigt sich nach dem Ergebnis. **Herr Albers** vermutet aufgrund der damals vorherrschenden Windrichtung die Kläranlage als Verursacher. **Er** bitte darum, dieses Thema im Auge zu behalten, da diese Geruchsbelästigungen einen zunehmenden Charakter hätten.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Mitarbeiterin des Ordnungsamtes hat im Rahmen des Ortstermins festgestellt, dass die Geruchsbelästigungen von den im Gewerbegebiet befindlichen Biogasanlagen ausgehen. Darüber wurde der Landkreis Friesland in Kenntnis gesetzt.

TOP 14. Schließen der öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:48 Uhr.

Genehmigt:

Dr. Matthias Bollmeyer

Vorsitzende/r

Jan Edo Albers

Bürgermeister

Uwe Hagestedt

Protokollführer/in